

2 Forschungsstand

Ziel dieses Kapitels ist es, vorliegende Arbeit in der Forschungslandschaft zu verorten. Zu diesem Zweck wird die relevante Literatur dargestellt und reflektiert. Dabei zeigt sich einerseits, dass es bereits eine Reihe von Forschungserkenntnissen und -ergebnissen gibt, auf die diese Arbeit zurückgreifen kann. Andererseits dient dieses Kapitel auch der Identifikation und Darstellung von Forschungsdesideraten, die das Potenzial bieten, den bisherigen Forschungsfokus zu erweitern und darüber hinaus neue Aspekte in die Debatte einzubringen.

2.1 Transnationale Öffentlichkeit – der Fall Europa

Die Auseinandersetzung mit der Frage nach einer politischen Öffentlichkeit jenseits des Nationalstaats wird bislang am breitesten und nachhaltigsten mit Bezug auf die Europäische Union diskutiert.⁷ Hierbei handelt es sich um ein recht junges Forschungsfeld, das sich seit Anfang der 1990er Jahre einer großen Beliebtheit erfreut. Den Ausgangspunkt für die lebhafteste „Debatte um die (Nicht-)Existenz einer Europäischen Öffentlichkeit“ (RISSE 2002) markiert die Feststellung, dass durch die zunehmende Verlagerung politischer Herrschaft auf die Ebene der Europäischen Union die „Kongruenz zwischen Staatsbürger, Herrschaftsträger und Öffentlichkeit“ (GERHARDS 2000b: 287; vgl. auch GERHARDS 1993) ins Wanken geraten ist. Politische Herrschaft, so lautet die Diagnose weiter, findet zunehmend „entkoppelt“ von den Herrschaftsbetroffenen statt (vgl. ebd.). Die EU leidet somit nicht nur an einem *Demokratie*-, sondern auch an einem *Öffentlichkeitsdefizit*, so die prominente These von GERHARDS (1993; 2000; 2000b).

Auch andere Autoren rechnen der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit nur geringe Chancen aus, denn Europa sei schließlich „keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft“ (KIELMANSEGG 2003: 58; vgl. auch GERHARDS 2000; LEPSIUS 2004; ABROMEIT/SCHMIDT 1998; SCHARPF 1999: 674). Neben

7 Vgl. als Überblick zum aktuellen Stand der Diskussion den Sammelband von LANGENBUCHER/LATZER (2006).

diesem *sozio-kulturellen* Argument führen andere Skeptiker *politisch-institutionelle*⁸ (vgl. MEYER 1999; 2004; GERHARDS 1993; 2000) wie auch *medienstrukturelle*⁹ Gründe (GERHARDS 1993; 2000; HUMMEL 2006) ins Feld, um die Unwahrscheinlichkeit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit zu plausibilisieren.¹⁰

Derartige pessimistische Einschätzungen dominierten vor allem zu Beginn die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Einschränkend ist jedoch einzuwenden, dass diese Untersuchungen noch keine oder nur sehr schwache empirische Evidenzen vorzuweisen hatten, sondern überwiegend auf theoretischen Analysen und Einschätzungen fußten.¹¹ Inzwischen wurde das Feld durch eine Vielzahl von Studien ergänzt, die zum Teil sehr umfangreich angelegt sind und ländervergleichend vorgehen (vgl. KOOPMANS 2004; KOOPMANS/STATHAM 2010; WESSLER et al. 2008) und die zu anderen Einschätzungen kommen. Insgesamt betrachtet zeichnet das Forschungsfeld mittlerweile zwar ein optimistischeres Bild, allerdings variieren die empirischen Studien in ihren Ergebnissen beachtlich: Während die einen empirisch nur marginale Spuren von transnationaler Öffentlichkeit in Europa finden und weiterhin der Auffassung sind, dass „die Öffentlichkeit [...] einer Transnationalisierung von Politik hinterher[-hinkt]“ (GERHARDS 2000b: 299), kommen andere zu dem Schluss, dass bereits ein beachtliches Maß an europäischer Öffentlichkeit vorzufinden ist: „Das erreichte Niveau der europäischen politischen Kommunikation [...] geht längst weit über die Charakteristika normaler außenpolitischer Berichterstattung hinaus.“ (EDER/KANTNER 2000: 307; vgl. auch TRENZ 2004; SIEVERT 1998)¹²

Derart widersprüchliche Einschätzungen sind auf methodische Artefakte zurückzuführen, denen ein theoretisches Problem vorgelagert ist: die Uneinigkeit über die normativen Ansprüche und Anforderungen an eine Öffentlichkeit jenseits des Nationalstaats (vgl. NEIDHARDT 2006: 47-53; RISSE 2002; PFETSCH 2006: 230). Im nationalen Kontext werden klassischerweise drei Modelle von Öffentlichkeit unterschieden, die aus der *liberal-repräsentativen*, der *pluralistisch/partizipativen* oder der *deliberativen* Demokratietheorie hervorgehen und

8 Als *politisch-institutionelle* Hindernisse werden bspw. Bürgerferne, Mangel an Nachrichtenwert oder die fehlende Rückkopplung der Entscheidungsträger an den Souverän genannt.

9 Als *medienstrukturelle* Hindernisse werden u.a. die Fragmentierung der nationalen Mediensysteme oder die national ausgerichtete Medienpolitik aufgeführt.

10 Einen Überblick über die „Trägheitsmomente“, die der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit entgegenstehen, liefern GERHARDS (1993) und LIEBERT (2003).

11 GERHARDS selbst räumt kritisch ein, dass seine Defizithese auf eher schwachen empirischen Füßen steht (vgl. GERHARDS 2002: 143).

12 Einen guten Überblick über die zum Teil widersprüchlichen Forschungsergebnisse liefern LATZER/SAURWEIN 2006: 20-23.

klare normative Forderungen formulieren.¹³ Ob diese Modelle auf den transnationalen Kontext übertragen werden können, bleibt fragwürdig. EDER (2000) steht nicht allein mit seiner Forderung, dass es bei der Analyse von Prozessen der Europäisierung „nicht um die Suche nach dem Nationalstaat auf europäischer Ebene [geht], sondern um funktionale Äquivalente zu dem, was die Form des Nationalstaats geboten hat“ (ebd.: 15). Andere Autoren warnen vor normativ überzogenen Erwartungen an eine europäische Öffentlichkeit. Die in der Forschung zu beobachtende „Verabsolutierung des Öffentlichkeitsprinzips“, wie NEIDHARDT (2006: 47) kritisiert, führt dazu, dass europäische Öffentlichkeit mithilfe von Kriterien gemessen wird, „die selbst im Rahmen des Nationalstaats überzogen sind“ (EDER/KANTNER 2003: 81; vgl. auch NEIDHARDT et al. 2000: 263; NEIDHARDT 2006; SAXER 2006). Letztendlich offenbart der Mangel an einer normativen Theorie europäischer Öffentlichkeit, dass es der Forschung bislang auch an einer *Demokratietheorie* für transnationale Räume fehlt (vgl. FRASER 2007; ABROMEIT 2003). Vor diesem Hintergrund kann die Heterogenität der Ergebnisse kaum überraschen: Unterschiedliche theoretische Modelle führen zu unterschiedlichen Messinstrumenten und damit zwangsläufig zu einer hohen empirischen Varianz.

Im Folgenden wird es nun darum gehen, die wichtigsten Indikatoren, die zur Messung europäischer Öffentlichkeit entwickelt wurden, kurz darzustellen und zu erläutern. Die Sichtung der Literatur zeigt dabei, dass sich das Forschungsfeld im Wesentlichen anhand von zwei Kriterien systematisieren lässt: zum einen mithilfe des Kriteriums der *medialen Sichtbarkeit* oder *Aufmerksamkeit* für Europa (Kap. 2.1.1) und zum zweiten entlang des Kriteriums der *transnationalen Verschränkung von Kommunikationsstrukturen* (Kap. 2.1.2). In einem weiteren Schritt werden die Bedingungen reflektiert, unter denen eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit als wahrscheinlich angesehen werden kann (Kap. 2.1.3). Im Anschluss an die Darstellung und die Analyse bisheriger Forschungsergebnisse werden die vorliegenden Erkenntnisse dahingehend geprüft, wie sie für diese Arbeit fruchtbar gemacht werden können. Schließlich ist es ein erklärtes Ziel dieser Arbeit, die bisherige Fokussierung des Forschungsfeldes auf den „besonderen Fall“ Europa (EDER 2000: 176; vgl. auch KOOPMANS/STATHAM 2002: 12) um einen breiteren Blickwinkel auf die Thematik zu ergänzen. Die bisherigen Forschungsergebnisse können hierbei als eine Folie dienen, um sich erstens an das Konzept der transnationalen Öffentlichkeit definitorisch anzunähern und zweitens erprobte Indikatoren für eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit zugrunde zu legen (Kap. 2.2.1). Dabei wird deutlich, dass das Forschungsfeld Desiderate aufweist. Diese sind Gegenstand des letzten Ab-

13 Einen Überblick über die Demokratietheorien und die daraus resultierenden Öffentlichkeitsmodelle liefern NEIDHARDT (1994), GERHARDS (2002) und FERREE et al. (2002).

schnitts (Kap. 2.2.2) und markieren den Ausgangspunkt für alle weiterführenden Überlegungen.

2.1.1 Das Kriterium der medialen Aufmerksamkeit für Europa (Sichtbarkeit)

Um die Forschungslandschaft hinsichtlich der unterschiedlichen Definitionen und Konzepte einer europäischen Öffentlichkeit zu strukturieren, muss an erster Stelle eine entscheidende begriffliche Differenzierung eingeführt werden, die GERHARDS (1993: 99ff.) in die Debatte einbrachte. Dem Autor zufolge ist einerseits die Entstehung einer *länderübergreifenden* (auch *paneuropäischen Öffentlichkeit*) auf Basis eines einheitlichen europäischen Mediensystems vorstellbar. Diese Variante wird jedoch als empirisch höchst unwahrscheinlich betrachtet, da ihr zu viele Hürden infrastruktureller und soziokultureller Natur im Wege stehen, wie etwa das Fehlen einer gemeinsamen Sprache innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union.¹⁴ Als weitaus wahrscheinlicher gilt demgegenüber die zweite Variante, die als *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten* beschrieben wird. Hierunter versteht der Autor zweierlei: „zum einen die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien, zum zweiten die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive“ (GERHARDS 1993: 102).

Allerdings, so sei hier ergänzend hinzugefügt, sollten diese beiden Modelle, das einer paneuropäischen Öffentlichkeit und das der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten, nicht als sich gegenseitig ausschließende Möglichkeiten betrachtet werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich „durch wachsende Europäisierungsgrade nationaler Öffentlichkeiten [...] zunehmende Annäherungen an das idealtypische Konstrukt einer europäischen Öffentlichkeit [ergeben]“ (NEIDHARD 2006: 54; vgl. auch LANDFRIED 2004: 126).

GERHARDS verweist mit seiner Definition bereits auf den ersten und wichtigsten Indikator, der für die Messung einer Europäisierung von Öffentlichkeit zugrunde gelegt werden kann: Die mediale *Aufmerksamkeit* für europäische Politik und europäische Akteure. Die öffentliche Sichtbarkeit Europas in den Medien beschreibt die Bedeutung, die Europa auf den nationalen Medienagenden erlangt. Die Arbeiten von GERHARDS konzentrieren sich in ihrer empirischen Umsetzung ausschließlich auf dieses Kriterium (GERHARDS 1993; 2000; 2000b).

Da die „mediale Aufmerksamkeit [...] als *conditio sine qua non* für Transparenz und Kontrolle im europapolitischen Kontext“ (LATZER/SAURWEIN 2006:

14 Als weitere Hürden nennt der Autor das Fehlen kultureller Identifikationsmöglichkeiten oder die unterschiedlichen Sehgewohnheiten (vgl. GERHARDS 1993: 100-102).

13) betrachtet werden muss, findet sich dieses Kriterium auch in zahlreichen anderen Arbeiten als eine Grundbedingung für die Europäisierung von Öffentlichkeit wieder (vgl. SIEVERT 1998: 68; RISSE 2002: 15; KANTNER 2004; TOBLER 2010; ADAM 2007). BERKEL (2006), DE VREESE (2003: 165), RISSE (2002), KANTNER (2002) und PETER (2003: 80) können in ihren Untersuchungen zeigen, dass sich die Themenzyklen verschiedener europäischer Medienarenen zu ausgewählten Zeitpunkten tatsächlich parallelisieren. Europa und europäische Politik werden folglich in verschiedenen mitgliedstaatlichen Öffentlichkeitsarenen zur gleichen Zeit medial thematisiert. Zudem ist im diachronen Vergleich feststellbar, dass Akteure der Europäischen Union zunehmend öffentliche Sichtbarkeit in nationalen Medien erfahren (vgl. KOOPMANS 2007) und dass sich diese *vertikale Europäisierung*¹⁵ vor allem in solchen Politikfeldern nachvollziehen lässt, in denen bereits ein deutlicher Kompetenztransfer von der nationalen auf die supranationale Ebene stattgefunden hat.

Die Autoren EDER und KANTNER (2000: 315; 2002: 81; KANTNER 2006: 156) haben in Anlehnung an HABERMAS (2001: 120) ein weiteres, in der Forschung viel thematisiertes Kriterium zur Messung der Europäisierung von Öffentlichkeit eingeführt, das insbesondere von RISSE (2002), TOBLER (2006; 2010) und VAN DE STEEG (2003) aufgegriffen wurde. Die Autoren betonen, dass eine zeitgleiche Sichtbarkeit europäischer Themen und/oder Akteure in verschiedenen Öffentlichkeitsarenen, also die *Transnationalisierung von Aufmerksamkeitsstrukturen*, noch kein hinreichendes Indiz dafür ist, dass sich in Europa ein transnationaler Meinungsbildungsprozess in Gang setzt. Um das zu erreichen, sei es entscheidend, „ob in einem anonymen Massenpublikum zur gleichen Zeit die gleichen Themen *unter gleichen Relevanzgesichtspunkten* kommuniziert werden“ (EDER/KANTNER 2000: 315, Hervorhebung EK). Dieser Indikator der transnational geteilten *Sinnstrukturen* und *Interpretationsmuster* fußt in der Überzeugung, dass Verständigung zwischen den Europäern über ein strittiges *Issue*¹⁶ nur dann erfolgen kann, wenn ein Mindestmaß an Einigkeit herrscht, worüber über-

15 Die Differenzierung von vertikaler, horizontaler und supranationaler Europäisierung geht auf die Autoren KOOPMANS und ERBE zurück (2003) und wird weiter unten (vgl. Kap. 2.1.2) nochmals genauer erläutert.

16 Der Begriff des *Issues* wird nicht nur mit „Thema“ übersetzt, sondern auch als „politische Streitfrage“ verstanden. Ein *Issue* verweist damit auf einen bestimmten (politischen) Problembereich mit einem mehr oder weniger klar definierten Rahmen, wobei sich der Rahmen im Laufe einer öffentlichen Debatte verschieben kann. Ein *Issue* umfasst auch die Interpretationen, die verschiedenen Perspektiven und zentralen Argumentationsstrukturen einer politischen Streitfrage. Es bezieht sich stets auf öffentliche Angelegenheiten, die das Gemeinwesen potenziell betreffen (vgl. RHOMBERG 2007: 36). Die Begriffe *Issue*, Themenöffentlichkeit und Kommunikationsereignis werden hier synonym verwendet.

haupt ein Dissens besteht.¹⁷ Ohne Klarheit darüber zu haben, worüber gestritten wird, ist ein Verständigungs- und damit auch ein Meinungsbildungsprozess zwischen den Entscheidungsbetroffenen nur schwerlich zu realisieren. Verschiedene Autoren teilen diese Auffassung und kommen in ihren Studien zu dem Ergebnis, dass Europa in ausgewählten Diskursen tatsächlich unter gemeinsam geteilten *Relevanzstrukturen* diskutiert. So kommen die Studie von VAN DE STEEG et al. (2003), die sich dem Diskurs über den „Fall Haider“ in fünf verschiedenen Ländern widmet, ebenso wie die Studien, in denen die Autorin die Osterweiterung der EU analysiert (vgl. VAN DE STEEG 2002; 2000), zu dem Ergebnis „dass sich die Sprecher in den untersuchten Medien aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten grundsätzlich an der gleichen Diskussion beteiligen“ (VAN DE STEEG 2003: 189). Daraus lässt sich folgern, „dass zumindest Sprachbarrieren und Staatsgrenzen keine prinzipiellen Hindernisse mehr für die Bildung einer übergreifenden öffentlichen Meinung in der EU darstellen“ (ebd.).

Strittig bleibt jedoch für einige Autoren, ob das Kriterium der zeitlichen und inhaltlichen *Synchronität* von Debatten ausreicht, um bereits einen europäischen Kommunikationsraum auszumachen. TOBLER weist etwa kritisch darauf hin, dass auch über die Präsidentschaftswahlen in den USA in verschiedenen europäischen Arenen zeitgleich und unter ähnlichen Relevanzgesichtspunkten berichtet wird, man hierbei aber wohl kaum von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen würde, da schlichtweg ein *wechselseitiger Austausch* fehlt.¹⁸ Der Einwand von BRÜGGEMANN und andere Autoren (2007) zielt in eine ähnliche Richtung, wenn sie anmerken, dass unter dem Gesichtspunkt der transnationalen Synchronität unklar bleibt, „wie wir sicher sein können, dass ‚diskursive Interaktionen‘ ablaufen, wenn die nationalen Diskurse bloß thematisch parallel geführt werden, ohne dass sich die Diskursteilnehmer gegenseitig bewusst wahrnehmen“ (BRÜGGEMANN et al. 2007: 217; vgl. auch WIMMEL 2004: 12). Anders formuliert lässt sich auch schlussfolgern, dass transnationale Synchronität erst eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit in Europa darstellt.

Diese Einwände führen zu einem weiteren zentralen Indikator, der für die Messung einer Europäisierung von Öffentlichkeiten viel diskutiert und empirisch geprüft wurde und im nachfolgenden Kapitel dargestellt wird.

17 Zur Klärung sollte an dieser Stelle noch betont werden, dass das Kriterium der „gleichen Relevanzgesichtspunkte“ nicht impliziert, dass alle beteiligten nationalen Arenen die gleiche Meinung vertreten. Vielmehr ist entscheidend, dass der diskursive Bezugsrahmen der gleiche ist. Innerhalb dieses Rahmens können dann durchaus unterschiedliche (nationale) Meinungen nebeneinander existieren.

18 Persönliches Gespräch mit STEFAN TOBLER.

2.1.2 Das Kriterium kommunikativer Interaktion: Die transnationale Verschränkung von Kommunikationsflüssen

In zahlreichen Veröffentlichungen findet sich die Auffassung, dass Öffentlichkeit im Allgemeinen und transnationale Öffentlichkeit im Speziellen am treffendsten als ein *Netzwerk von Kommunikation* beschrieben werden kann (vgl. ADAM 2007; HABERMAS 1992; TOBLER 2010; NEIDHARDT 2006; WESSLER 2004; EDER 2000; 2003; TRENZ 2000; KAEUBLE et al. 2002).

Dieser Vorstellung folgend werden die national segmentierten Öffentlichkeiten durch kommunikative Interaktionen transnational integriert und miteinander vernetzt. Öffentlichkeit entsteht somit genau dort, wo die Dichte von kommunikativen Handlungen besonders hoch ist (KOOPMANS/ERBE 2003: 7). Transnationale Öffentlichkeit ist in diesem Verständnis also immer ein relativer Begriff, der das Verhältnis von rein nationaler und grenzüberschreitender öffentlicher Interaktion beschreibt.

Autoren, die ein solches Öffentlichkeitsverständnis zugrunde legen, gehen davon aus, dass die bloße *Sichtbarkeit* europäischer Themen und Akteure und eine *transnationale Synchronität* noch kein ausreichendes Kriterium für die Identifizierung eines transnationalen Kommunikationsraumes sind. Ausschlaggebend hierfür ist, ob sich Akteure grenzüberschreitend austauschen und verständigen. Somit sind es erst die *kommunikativen Vernetzungen* von Akteuren, welche die Entstehung eines „politisch integrierten Kommunikationsraumes“ (TOBLER 2006: 117) markieren.

Dieser zweite und deutlich anspruchsvollere Indikator zur Messung einer Europäisierung von Öffentlichkeit wurde von verschiedenen Autoren nicht nur unterschiedlich benannt, sondern auch auf unterschiedliche Weise operationalisiert. Einige Autoren trennen zudem nicht strikt zwischen Sichtbarkeit einerseits und kommunikativer Interaktion andererseits. So spricht etwa VAN DE STEEG (2003) bereits dann von Interaktion, wenn Akteure mit unterschiedlicher nationaler Herkunft in einer nationalen Medienarena auftreten, sei es beispielsweise als Gastautor oder weil sie in einem Artikel direkt oder indirekt zitiert werden. Die Bremer Forschungsgruppe von PETERS geht hier differenzierter vor.¹⁹ Die Autoren schlagen ein mehrstufiges Modell zur Messung der Europäisierung von Öffentlichkeit vor. Dieses Modell differenziert *quantitative* und *qualitative* Dimensionen der Transnationalisierung. Während die quantitative Dimension auf die Beobachtung europäischer Institutionen und Themen (erste Ebene) sowie der Mitgliedstaaten (zweite Ebene) zielt, geht es auf einer dritten Ebene um die

19 Vgl. das Forschungsprojekt „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel der EU“ des Bremer Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (www.sfb597.uni-bremen.de, abgerufen am 16. Juli 2012).

wechselseitige, diskursive Durchdringung europäischer Öffentlichkeitsarenen, also um die Beantwortung der Frage, „inwieweit [...] nationale Medienöffentlichkeiten durchlässig [sind] für öffentliche Meinungen, die in anderen Ländern vertreten werden“ (BRÜGGEMANN et al. 2007: 313). Die Ergebnisse der Forschergruppe korrespondieren mit denen von MEDRANO (2003): Zwar wird die EU im Zeitverlauf von 1982 bis 2003 stärker beobachtet, der diskursive Austausch stagniert jedoch auf niedrigem Niveau (vgl. BRÜGGEMANN et al. 2007: 316). Von einer transnationalen Öffentlichkeit in der EU, so das Fazit der Autoren, kann nur bedingt die Rede sein, nämlich im Sinne einer *segmentierten Europäisierung* (vgl. ebd.).

TOBLER (2006; 2010) legt normativ und analytisch ein äußerst anspruchsvolles Verständnis von kommunikativer Vernetzung zugrunde und führt den Begriff der *Interdiskursivität* ein. Interdiskursivität beschreibt die „wechselseitige Bezugnahme auf die Argumentation der Gegner“ (TOBLER 2006: 117). Diese Vorstellung einer „*Argumentations- und Sprecherreferenzialität*“ (ebd.) fußt auf dem normativen Postulat der Aufklärungsphilosophie, dass nämlich nur der Austausch von Argumenten die Rationalität einer Debatte tatsächlich garantieren kann. Ein solcher Austausch findet nur statt, wenn sich verschiedene Öffentlichkeitsarenen *wechselseitig* füreinander öffnen. Das heißt, dass nicht nur ein Akteur aus Arena A in Arena B mit seinen Argumenten Resonanz findet, sondern gleichzeitig auch ein Akteur aus Arena B in Arena A. In seiner Studien zur Steuerharmonisierungsdebatte im Jahr 1998 kann der Autor zeigen, dass sich zwischen Großbritannien und Deutschland durchaus deutliche kommunikative Vernetzungen nachvollziehen lassen, wohingegen die Schweiz in diesem Diskurs lediglich einen Beobachterstatus einnimmt (TOBLER 2002: 275).

KOOPMANS und ERBE (2003) führen eine weitere Differenzierung ein, die auch sehr häufig von anderen Autoren aufgegriffen wird. Die Autoren unterscheiden drei Formen der kommunikativen Interaktion und damit verschiedene Formen der Europäisierung von Öffentlichkeit: *Supranationale Europäisierung* entsteht, wenn Akteure der Europäischen Union öffentlich interagieren. *Vertikale Europäisierung* zeichnet sich in einer Öffentlichkeit dann ab, wenn nationalstaatliche und Akteure der Europäischen Union kommunikativ verbunden sind,²⁰ während *horizontale Europäisierung* schließlich die Vernetzung mitgliedstaatlicher Akteure beschreibt. Die Autoren können zeigen, dass eine *vertikale* Europäisierung (vgl. KOOPMANS/ERBE 2003: 19-23) über verschiedene Politikfelder

20 Bei dieser Interaktionsform kann zusätzlich die Fließrichtung der Interaktion unterschieden werden. Es ist einerseits denkbar, dass sich nationale Akteure als Sprecher an die Europäische Union wenden. In diesem Fall sprechen die Autoren von einer *bottom-up* Europäisierung. Umgekehrt ist vorstellbar, dass sich Akteure der EU an nationale Akteure wenden. In diesem Fall hätten wir es mit einer *top-down* Europäisierung zu tun (vgl. KOOPMANS/ERBE 2003: 6).

hinweg am häufigsten auftritt, und zwar insbesondere in den Politikfeldern, “where the competencies of the EU are larger” (ebd.: 21). Demgegenüber findet eine *horizontale* Europäisierung, also die wechselseitige Durchdringung mitgliedstaatlicher Öffentlichkeitsarenen kaum statt (vgl. KOOPMANS/ERBE 2003: 19-23; siehe auch PFETSCH 2004: 17ff.). Hier kann deshalb nur bedingt von einer Europäisierung der Öffentlichkeit die Rede sein.

ADAM (2007) lehnt sich in ihrer Dissertation an das Verständnis von kommunikativer Vernetzung der beiden letztgenannten Autoren an und untersucht die Erweiterungs- und Verfassungsdebatte in deutschen und französischen Medien. Sie kommt zu dem Schluss, dass die untersuchten Diskurse als europäisiert gelten können, denn die „Kommunikation bezieht sich stark auf Europa, verläuft dabei grenzüberschreitend und löst sich zumindest teilweise vom Nationalstaat ab“ (ADAM 2007: 333). Eine kommunikative Vernetzung findet – wenn auch in verschiedenem Ausmaß – durchaus in Europa statt.

Auch WIMMEL (2004) differenziert ähnlich wie die Autoren KOOPMANS und ERBE (2003), ob kommunikative Interaktionen zwischen nationalen Akteuren verschiedener Herkunft verlaufen oder ob in die Interaktion auch supranationale Akteure eingebunden sind. In seiner Studie über die Beitrittsdebatte der Türkei in die EU kommt er zu dem Ergebnis, dass sich eine „transnationale Interaktionsstruktur öffentlicher Debatten“ (ebd.: 14) nachvollziehen lässt.

Auch wenn die hier zitierten Autoren mit zum Teil unterschiedlichen Begrifflichkeiten operieren, so ist diesen Studien doch gemein, dass sie sich alle dafür interessieren, ob Akteure öffentlich interagieren und ob bei diesen öffentlichen Sprechakten nationalstaatliche Grenzen überwunden werden. Im Zentrum steht somit die Frage, in welchem Maße „sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen füreinander öffnen [...] [und] so miteinander verschränken, dass die relevanten Beiträge osmotisch aus den jeweils anderen Arenen aufgesogen werden“ (HABERMAS 2001: 120). Während das oben eingeführte Kriterium der Sichtbarkeit eine Grundbedingung für die räumliche Entgrenzung von Öffentlichkeit darstellt, lassen sich mit dem Kriterium der kommunikativen Vernetzung oder Interaktion Aussagen über die *soziale Struktur* des öffentlichen Raumes machen. Diese beiden Kriterien sollten allerdings nicht als konkurrierend oder gar einander ausschließend, sondern vielmehr als sich gegenseitig ergänzende Indikatoren betrachtet werden. Stufenmodelle von Transnationalisierung, wie sie etwa die Bremer Forschergruppe von PETERS (vgl. BRÜGGEMANN et al. 2007) oder auch TOBLER (2006; 2010) entworfen haben, erscheinen hier heuristisch als besonders wertvoll. Transnationale Öffentlichkeit wird somit als eine „multidimensionale“ und „graduelle“ Größe (vgl. NEIDHARDT 2006: 53) konzeptionalisiert, die sich auf einem Kontinuum zwischen der Minimalanforderung der Sichtbarkeit einerseits und der Optimalanforderung der

kommunikativen Interaktion andererseits bewegt. Erst mit solchen *Prozessmodellen* wird es möglich, dass „die entscheidenden Varianzen auf mehreren Ebenen wahrgenommen und beschrieben werden können“ (ebd.). Derartige Modelle ermöglichen es, die Frage nach der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit deutlich differenzierter zu beantworten und sie nicht auf eine einfache „entweder-oder-Konstruktion“ zu reduzieren (vgl. ebd.).

2.1.3 Transnationalisierungstreiber

Ging es bislang bei der Reflexion und Systematisierung des Forschungsfeldes darum, die Indikatoren zu identifizieren, anhand derer das Konstrukt einer transnationalen Öffentlichkeit in der Europäischen Union gemessen werden kann, so werden im folgenden Abschnitt die Faktoren fokussiert, die sich fördernd auf eine Transnationalisierung der Öffentlichkeit auswirken. Auch hier kann auf eine Vielzahl bereits vorhandener Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden.

Wenn oben dargestellt wurde, dass sich bereits Formen einer Europäisierung von Öffentlichkeit nachvollziehen lassen, dann muss dieses Ergebnis ergänzt werden um den Hinweis, dass es sich hierbei nicht um eine dauerhafte Transnationalisierung, sondern vielmehr um punktuelle Prozesse der Entgrenzung handelt, die eine spezifische *zeitliche* und *thematische* Struktur aufweisen (vgl. HABERMAS 2007: 436). Thematisch strukturiert sich die Europäisierung von Öffentlichkeit entlang von Politikfeldern, denn die Sichtbarkeit der Europäischen Union ist vor allem in den Themenfeldern hoch, in denen bereits eine politische Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene stattgefunden hat (KOOPMANS/PFETSCH 2003: 14). Je stärker also der *Policy*-Prozess bereits auf die über-nationale Ebene ausgelagert ist, umso höher scheint die Wahrscheinlichkeit, dass sich in diesem Politikfeld öffentliche Diskurse auch räumlich entgrenzen.

Andere Studien zeigen, dass eine Europäisierung von Öffentlichkeit auch in *zeitlicher* Dimension unterschiedlich starke Ausprägungen entwickelt. DE VREESE (2001) hat in einer ländervergleichenden Studie drei *key events* (vgl. ebd.: 286) europäischer Politik untersucht.²¹ Er kommt zu folgendem Schluss: „The results showed that news coverage of European affairs is *cyclical*, peaking during the events but hardly visible before and after that.“ (DE VREESE 2001: 283, Hervorhebung EK; vgl. auch DE VREESE 2003; PETER 2003) Institutionalisierte Ereignisse wie etwa Gipfeltreffen führen also zu *Aufmerksamkeitspeaks* und

21 Zu diesen Schlüsselereignissen zählten die Einführung des Euro im Jahr 1999, die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 und das Gipfeltreffen von Nizza im Dezember 2000.

Gipfel, Krisen, Konferenzen

Die Entstehung Diskursiver Macht in transnationalen
Kommunikationsereignissen

Konieczny, E.

2014, XIV, 325 S. 45 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04685-9